Gegen eine zuverlässige Zusammenarbeit des BSW mit der AfD in Sachsen-Anhalt, wie sie Sahra Wagenknecht vertritt und wie sie von Claudia Wittig, Thomas Schulze und John Lucas Dittrich und anderen repräsentiert wird, gibt es einen erstaunlich mediengepriesenen Gegenantrag für den Bundesparteitag Ende nächster Woche in Dresden, der Euch maßregeln will. Zu dessen Unterzeichnern gehören BSW-Westfunktionäre, die in ihren früheren Wahlkämpfen zumindest eines kleinen Zuspruchs größerer Medien dringend bedurft hätten – der aber ausgeblieben war. Weil sie ja für Frieden mit Russland stehen. Jetzt nehmen diese Maßregler aber das Schulterklopfen des Mainstreams für ihren harschen Antrag gegen Claudia Wittig und Sahra Wagenknecht zumindest, gelinde gesagt: „billigend in Kauf“. Ein Offener Brief an das BSW Sachsen-Anhalt von **Diether Dehm**.

Lesen Sie dazu bitte auch die Replik von Jens Berger auf den NachDenkSeiten

Schon einmal hatten große Medien dem BSW ein kuscheliges Plätzchen hinter der Brandmauer angeboten, wenn auch nur kurz: vor den Wahlen in Thüringen und Brandenburg. Ich kann Euch in Sachsen-Anhalt nur anraten: Lasst Euch von diesen Medien und dem „Gegenantrag“ nicht kirre machen!

Es ist Eurem sensiblen Umgang mit den Menschen im Land und Euren Talenten vor Ort (die Ihr wohl Ohren wie Rhabarberblätter für die Bevölkerungsbasis habt) zu verdanken, dass Ihr das „Wunder von Magdeburg“ – für Timo Lehmann vom *SPIEGEL* „das Rätsel der … Stimmen über fünf Prozent“ – bei 17 Prozent (!) höherer Wahlbeteiligung geschafft hattet. Im Unterschied zu Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, wo die Wahlbeteiligung nur um rund 10 Prozent gestiegen war.

Von den Unterzeichnern des Antrags gegen Euren „Magdeburger Weg“ wurde kürzlich ins Feld geredet, es seien ja – laut Infas – nur läppische 2.000 Stimmen von früher festen AfD-Wählern zum BSW gewechselt. Bullshit! Ihr hattet ja gerade auf die zigtausend neuen Wähler gezielt, die sich zwar einen Politikwechsel mit Uli Siegmund als Ministerpräsidenten wünschten, aber nicht genau wussten, ob nur mit der AfD oder besser und sicherer mit dem BSW.

In der Wahlnacht vom 6. September, nachdem Euer Erfolg sich auf allen vier großen TV-Kanälen abzeichnete, lüftete Infratest-Dimap um 23:20 Uhr das Geheimnis der gemeinsam wichtigsten Wählermobilisierung für BSW und AfD (wenn auch nur 25 Minuten lang), nämlich: Frieden mit Russland.

Weil die Wähler nicht so blöde sind, wofür sie der NATO-Mainstream verkauft.

Denn selbst ein politisch weniger gebildeter Menschenkopf hängt nicht alle Aspekte beim erkennenden Handeln gleichhoch auf eine Wäscheleine, sondern ordnet nach Prioritäten. Die oberste politische Ahnung – auch durch Euren Wahlkampf – war: zuallererst den dritten Weltkrieg verhindern! Der wuchert gerade in der Ukraine hoch (was außerdem Gas und Öl hierzulande verteuert, Jobs und Lebensqualität kostet).

Nach Eurem sensationellen Wahlerfolg habt Ihr dann – ohne mitzuregieren! – diese sitzungsformal wie inhaltlich AUSSERORDENTLICHE Landtagssitzung am 14. Oktober erstritten mit Eurem Antrag: „Friedensgespräche statt Ausweitung des Kriegs in der Ukraine (Drucksache 9/31)“. Mit den jeweils zwei großartigen Reden von Eurer Claudia Wittig und von Ulrich Siegmund (AfD): geradezu ein Einschnitt in die deutsche Parlamentsgeschichte – und darum vom NATO-Mainstream kleingeschwiegen.

Und dann habt Ihr den außerparlamentarischen Druck (zusammen auch mit dem AfD-Kreisverband Sangerhausen) derart verstärkt, dass sich der israelische Waffenkonzern „Elbit-Systems“ kürzlich von der dort anzusiedelnden Investition endgültig verabschiedet hat.

Ach ja, und dann wollen AfD und BSW mit ihrer Parlamentsmehrheit nach der Drucksache 9/62 noch die Kitagebühren komplett abschaffen.

Es ist wohl auch Euer Verdienst, dass in der AfD jetzt das Monster-Wort „Remigration“ mit dessen Gewaltfantasien unter einhegende Kritik gerät. Wie das der AfD-Fraktionsvorsitzende Oliver Kirchner auf Musikfestivals ebenso äußert wie Tino Chrupalla, als er auf seinem Portal Brutalitäten der ICE-Milizen für Trumps Wahlniederlage bei den Midterms hauptverantwortlich machte – und dafür am 7. November von ewig gestrigen West-„Extremisten“ in der AfD, wie dem Parteivize Sven Tritschler, in *Tagesspiegel*, *Pioneer* und auf *X* angegiftet wurde.

Sicher: Das ist für Frieden nicht alles, aber ohne Euch wäre alles nichts: im BSW.

Zumal Eure innerparteilichen Maßregler realpolitisch in ihren eigenen Ländern mit jeweils leeren Händen dastehen, wozu mir die selbstkritische Pointe des früheren PDS-Chefs aus Sachsen-Anhalt Roland Claus einfällt: „Bei uns kriegen Sie nicht geholfen, bei uns kriegen Sie erklärt.“

Die drei von Euren Maßreglern immer wieder verwendeten Klischees sind: Die AfD

sei „keine Friedenspartei“, sie sei „gesichert rechtsextrem“ und: sie sei „schon gar keine Partei der kleinen Leute“ (so Mitunterzeichner Christian Leye) und würde den Kurs pro Superreiche noch verschärfen, sei da also noch schlimmer als FDP, CDU, SPD und Grüne.

Dazu ein kleiner Ausflug in die Semantik. So, wie „Extremismus“ nur eine willkürliche Relativierung – nach „links“ oder „rechts“ – vom absolutierten Blickpunkt einer angeblich gemäßigten Mitte aus deutet, klingt auch „Friedenspartei“ hübsch beim Agitieren, ist aber begrifflich ebensolcher Müll. (Die porentief weiße Unschuldsfahne einer „Friedenspartei“ hätte das BSW in Erfurt und Potsdam bei den Koalitionen mit den Aufrüstungsparteien CDU und SPD und jetzt in Dresden mit der Aufstellung von ARD-Rüstungspromoter Constantin Schreiber für die Bundesversammlung ohnehin längst eingebüßt.)

Dass das Wort „Friedenspartei“ keine begrifflich-logische Konsistenz hat, liegt schon allein daran, dass es zwei zutiefst widersprüchliche Geistesbewegungen zusammenzupressen versucht: den Pazifismus der dogmatisch gewaltfreien Anhänger (zum Beispiel mit der buddhistischen Ethik eines Dalai Lama) und die antiimperialistische Orientierung (z.B. die der Befreiungskämpfer wie Fidel Castro).

Es ist schon schwer genug, das gute Wort „Frieden“ vom Steinmeier-Salbadern, von Buchmessen- und Aachener Karlspreis-Verleihungen freizuhalten. Die Gesamtheit einer Partei auf den einen abstrakten Frieden zu vereidigen, wird zur hehren Schimäre. Real entscheidend ist doch, welche mutmachenden Schritte eine Partei gegen einen konkreten Krieg auf die Straße, in Parlamente und die Kulturen einzubringen vermag! Friedensbewegung heute heißt ja genau darum: Einreißen der „Brandmauer“. Für welche es die „Friedenspartei DIE LINKE“ (die in Sachsen-Anhalt mit grade 8 Prozent jetzt ihre Freifrau von Angern zur Ministerpräsident-Kandidatin gegen Uli Siegmund nominiert hat) konkret im Herbst nicht einmal für nötig hielt, Eurer Einladung zur gemeinsamen Mobilisierung gegen den Rüstungskonzern Elbit-Systems nach Sangerhausen zu folgen.

Die Maßeinheit für eine Friedenskraft ist jeder reale Schritt gegen den einen konkreten Krieg. So, wie es (laut Dimitrov, Gossweiler und Abendroth) die wahrhafte Maßeinheit des Antifaschismus ist, die ideologischen Zentren des terroristischsten Imperialismus und Antikommunismus, welcher die organisierte Arbeiterbewegung zerschlagen will, zu lokalisieren und zurückzudrängen. Ein logischer Faschismusbegriff kann dabei nicht durch einen Flickenteppich aus modischen Phobien ersetzt werden.

Die sogenannten kleinen Leute haben die Nase von den parlamentaristischen Verstellungskünstlern und deren Wort-Akrobatik gestrichen voll – besonders wenn diese von vermeintlich „links“ kommt. Aus guten Gründen und mit schlechten Löhnen ahnen besonders die Wähler im Osten immer mehr von den asozialen Raubzügen, die hinter woken Talk-Kulissen auf ihre kleinen Konten geplant sind. Wer darum dem Wort „links“ wieder seinen guten Klang zurückerobern möchte, braucht zuerst keine andere Semantik, sondern andere Taten auf der Straße und in Parlamenten. Plus mutmachende Erfolge!
Wenn also die „kleinen Leute“ (C. Leye) die einzigen Referenz-Kriterien für verlässliche parlamentarische Zusammenarbeit liefern, dann dürfte das BSW mit keiner Partei zuverlässig in Parlamenten kooperieren – nicht mal mit ihrer Herkunftspartei DIE LINKE. Schließlich war es der Linkspartei-Bürgermeister von Berlin und Wirtschaftssenator Harald Wolf, der bis 2011 147.000 Wohnungen privatisiert hatte – und zwar skandalös bei 30 Prozent unter Marktwert. Wobei die Linkspartei jetzt ihren Wahlerfolg dem leeren Versprechen verdankt, 240.000 Wohnungen nach Art. 14 GG enteignen zu wollen. Dies geschähe dann aber bei einer Entschädigung an die Privatiers von 30 Prozent „ÜBER dem Marktpreis“. Denn nach § 95 BauGB gilt der Verkehrswert als Maßstab bei Eigentumsverlust. Also entspräche der Entschädigungspreis 22 Jahresmieten (2025). Privatisiert hatte Bürgermeister Wolf von der Linkspartei vor 15 Jahren jedoch das öffentliche Wohneigentum nur mit der 11- bis 14-fachen Jahresmiete!

Über diesen brutalen Wahlbetrug an den „kleinen“ Leuten durch ein und dieselbe Linkspartei von Bürgermeister Harald Wolf bis Elif Eralp (die die Wähler dann mit Mietsenkungen mit der heißen Luft von Vergesellschaftung angeföhnt hat) haben – außer *OAZ* und *NachDenkSeiten* – alle Medien bemerkenswerterweise geschwiegen.

Immerhin hat jetzt am 8. November die LINKEN-Vorsitzende Ines Schwerdtner, weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit, nämlich bei *3sat*, zugegeben, die Mieten in Berlin würden auch nach einer Enteignung (die ja gar nicht kommen wird) weiter steigen.

Sind solche gemeinen Stimmenräuber nicht viel schlimmer als die von allen wichtigen Ämtern bislang ausgeschlossene AfD, die der BSW-Gegenantrag zur Ausgeburt des Asozialen gegen die „kleinen“ Leute dämonisiert? Um die Medienvorgabe erfüllen zu helfen, die AfD regierungsamtlich weiter zu isolieren, um sie der CDU noch zugänglicher zu machen?

Ist die AfD deswegen „gegen die kleinen Leute“, weil sie gegen die

wirtschaftsfeindlichen Russland-Sanktionen eintritt? Und gleichzeitig für Arbeitsplätze in der Autoindustrie mit diversen Motoren statt für VW-Umrüstung auf Rüstung?

Obwohl mir ja damals empfohlen wurde, erst gar keinen Aufnahmeantrag ins BSW zu stellen, habt Ihr mir gestattet, bei Eurem kulturvollen Wahlkampf etwas mitwirken zu dürfen, was selbst T. Lehmann vom *SPIEGEL* zu spitzeligen Recherchen veranlasst hat.

Ich wollte Euch nun hier Eure Erfolge nicht noch schöner reden: es sind ja **Eure**! Aber die Pharisäer, die jetzt mit ihrem Gegenantrag gegen Eure Grundwerte-Kommission, gegen Sahra Wagenknecht und Claudia Wittig, über Euch zu Gericht sitzen wollen und eine mainstreamgefällige Inquisition gegen Euch einfordern – also jeder Einzelne dieser Gegenantrag-Steller – muss sich fragen lassen, was er/sie denn in der Praxis bislang in und außerhalb von Parlamenten an Erfolgen für Frieden mit Russland, gegen die Fünf-Prozent-Hürde und für die „kleinen“ Leute zu Wege gebracht hat: in Bayern, in Baden-Württemberg, in Nordrhein-Westfalen und in Berlin. Ach ja, um gewerkschaftliche Gegenantrag-Steller nicht zu vergessen: auch in Ver.di und der IG Metall. Was wurde von diesen Antragstellern am 16. September auf DGB-Bühnen in Berlin, Frankfurt am Main und anderswo gebracht, um die Rüstungskosten der NATO-Kriege mit der sozialen Verelendung von Werktätigen wirkmächtig in Verbindung zu bringen?

Reicht es den Unterzeichnern des Gegenantrags, am Rand der Manege das selbstgefällige Däumchen zu drehen, während in der AfD um reale NATO-Gelder, Wehrpflicht und Gaza-Politik gerungen wird und Ihr gemeinsam mit der AfD in Sachsen-Anhalt reale Erfolge erzielt?

Obwohl ich seinen spektakulären Austritt aus dem BSW kurz vor der letzten Bundestagswahl 2025 für schäbig hielt, sei hier der über das BSW ins Europaparlament gekommene Arzt und Publizist Friedrich Pürner zitiert:

> „Aber ja, aus meiner derzeitigen Sicht heraus würde ich Herrn Siegmund wählen. Eine Enthaltung fände ich feige … Knapp 44 Prozent der Wähler und Wählerinnen wünschen sich eine AfD-geführte Regierung in Sachsen-Anhalt. Das zeigen die Ergebnisse ganz eindeutig. Weshalb sollte ich mich dem verweigern? Das ist Demokratie.“ (*Ostdeutsche Allgemeine Zeitung*, 7. November 2026)

Auf die Frage, wie die Friedensbewegung breiter und größer wird, liefern die Wagenknecht/Wittig-Gegner nur gähnende Lehre und Leere. Wir, die wir in den Achtzigern die Bonner Friedenskundgebungen mit einer halben Million Demonstrierender (noch ohne Ostdeutschland!) auf der Bühne geleitet hatten, wussten prominente Künstlernamen mobilisierend einzusetzen und auch Minister wie Erhard Eppler, Parteiprominente wie Willy Brandt. Wie wäre es, wenn gegen die SiKo im Februar 2027 in München ein Minister aus Sachsen-Anhalt reden würde?

Was geschieht hingegen, wenn Uli Siegmund am 15.Dezember zum Scheitern gebracht würde? Unter ohrenbetäubend hämischem Jubilieren sämtlicher Kriegstreiber? Weil plötzlich ein AfD-Abgeordneter kurz vor der Wahl einen Skandal angehängt bekommt? Und darüber das geheimdienstlich-mediale Gebläse so richtig aufdreht? Oder: weil Stimmen zuvor heimlich weggekauft wurden? Haben wir Ähnliches nicht alles schon mal erlebt? Oder: weil eine neue Landesregierung keine stabile Haushaltsmehrheit hinter sich weiß?

Solches Scheitern würde medial dem BSW in die Schuhe geschoben, und damit scheitert Ihr und hernach das gesamte BSW, zumal die nächsten Landtagswahlen im Westen stattfinden, wo das BSW aktuell um 2 Prozent gehandelt wird. Damit dürfte auch der Mut in der Friedensbewegung weiter sinken und auch jede Perspektive für die Bundestagswahl 2029.

Lasst also die Inquisitoren wettern. Wollen die echt, dass Ihr am 15. Dezember nach der Peinlichkeit der CDU, per Fraktionszwang geschlossen aus dem Plenarsaal zu ziehen, mit der Blamage eines Fraktionszwangs von fünf Enthaltungen „antwortet“? Aber wo, wenn nicht bei Krieg oder Frieden, darf das Abgeordneten-Gewissen und -Wissen schlagen?

Ihr, die Ihr erfolgreich demonstriert habt, wie Wahlkampf geht und Friedensbewegung und wie gut Ihr Land & Leute kennt: bleibt regional so besonders wie bei Euren Erfolgen und stellt die geheimen Abstimmungen vom Fraktionszwang frei. Bleibt so unabhängig wie damals meine SPD in Hessen oder so trotzig wie die SPD in Baden-Württemberg mit Uli Maurer oder so eigenwillig wie die SPD im Saarland mit ihrem OB Oskar Lafontaine: gegenüber einer damaligen SPD-Kanzler-Führung und deren Bonner „Nachrüstungsbeschluss“. Oder macht es wie Sahra und die Kommunistische Plattform gegen den Bürgermeister Wolf von der Linkspartei, als der – mit Segen seiner Parteiführung – 147.000 Wohnungen privatisiert hat.

Oder, jawoll, auch wie Klaus Ernst, der damals – so populär wie widerständig –

gegen Medienbeschuss und die Mehrheit von SPD- und Links-Parteivorstand als Energie-Ausschussvorsitzender den Sachverständigen Altkanzler Gerhard Schröder zum Thema „billiges Gas aus Russland“ offiziell in den Bundestag eingeladen hatte.

Kopf hoch – nicht die Hände!

Es grüßt mit roten Wünschen
Euer Diether Dehm

Titelbild: ChatGPT, erstellt mit künstlicher Intelligenz